

„Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei Direktbestellung eines Vierteljahres monatlich 2.- M., bei Zustellung unter Schriftband 2.- M. „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Rodde 2895 und 2896.

„Freiheit“ ist die wichtigste, unparteilichste und besten Lesern am meisten dienliche Zeitung Deutschlands. Jedes Heft kostet 25 Pf. Leserkontingente 10 Pf. Bei Familien- u. Vereinsabonnements (10 Hefen) ist der Zuschlag fort. Invertraulichkeit für den demnach folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inserenten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Rodde 2765.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kanzler Bauer als Schützer der Gegenrevolution

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wie eine Berliner Mittagszeitung meldet, haben die Vertreter in Oberschlesien ihre Rückwirkung auf die in Berlin geführten Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen bereits geäußert. Diese Verhandlungen sind heute bis auf weiteres unterbrochen worden.

Am Beginn der heutigen Sitzung der großen politischen Kommission gab der Vorsitzende der polnischen Abordnung, Unterstaatssekretär Dr. von Brodowski, eine Erklärung ab, daß die deutschen Vertreter es angeht, die Verhandlungen abzusprechen, da diese eine friedliche Atmosphäre erfordern. Solange die Verhandlungen hierzu nicht gegeben seien, müßten die Sitzungen abgebrochen werden.

Der deutsche Seite erklärte Geheimrat Loebner, daß in kürzester Zeit eine besondere Konferenz zur Besprechung der schlesischen Frage einberufen werden würde.

Neueste Augenmeinung über Oberschlesien.

W. L. S. meldet: Heute nacht und vormittags verließen viele Aufständische die Zeit benutzend, um ihre Organisationen zu vervollständigen, sich von den Polen mit Waffen zu versehen und die Besetzung des Landes planmäßig auszuführen. Wie gemeldet wird, üben sie in den besetzten Ortschaften die vollstehende Gewalt aus und haben alle männlichen Personen zwischen zwanzig und vierzig Jahren zu den Waffen anzuweisen. Ein großer Teil der deutschen Einwohnerschaft von Oberschlesien sowie die Angehörigen der Gegend nach Polen abgehoben. Im Laufe des Nachmittags sammelten sich gegen unsere Postierungen am Ostausgange von Ratibitz viele Bänder mit zahlreichen Maschinengewehren und Heften die Ostausgänge unter Feuer. Ein Regiment, unterstützt von einem Panzerzug und Artillerie, griff am Nachmittag in Richtung Janow an und ist im Besitz von Agnes-Amandagrube, Wilschensgrube, Wilschensgrube und Boguschny-Süd. In Boguschny-Nord wurden durch einige Artilleriegeschütze polnische Bänder vernichtet. Leider wurde eine unserer Plüger vor Wilschensgrube zur Notlandung gezwungen. Er vernichtete sein Flugzeug durch Brand und ist in Gefangenschaft geraten. Auch in Wilschensgrube hatte die Truppe dauernd Kämpfe mit Bändern zu bestehen. Bisher ist es gelungen, diese Bänder durch energisches Vorgehen von der Stadt fernzuhalten.

Der Allierte Rat plant die Besetzung Oberschlesiens.

(Melbung des Holländisch-Niederländischen) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat beschäftigte sich gestern mit der Frage der künftigen Intrigen in Oberschlesien, die in 70 Prozent der industriellen Anlagen des Reichs he vorgerufen hätten. Diesen Intrigen müsse ein Ende gemacht werden. Der Oberste alliierte Rat wird daher wahrscheinlich die Besetzung dieses Gebietes durch Entente-Truppen anordnen.

Der Kampf gegen Sowjet-Rußland.

Kronstadt in Flammen. Englische Fluggewehr und Motorboote haben Kronstadt erneut angegriffen. Die Besetzung der Festung erforderte das Feuer und ein britisches Fluggewehr mußte sich beschützen in der Nähe eines Leuchtturmes niederlassen. Die britische Flotte ist in der Nähe Kronstadts konzentriert. Kronstadt selbst liegt in Flammen. Weitere Berichte von der Nordwestfront besagen, daß die verbündeten finnischen Streitkräfte den Bormarsch auf der finnischen Front begonnen haben.

Eine Seeschlacht.

Falkingsfard, 19. August. (Mentel) gemeldet, daß in einer Seeschlacht zwischen der britischen und der holländischen Flotte im Golf von

Finnland die Schlagschiffe „Andrei Bormarsch“ und „Petropawlski“ sowie ein Transport- und ein Wachtschiff gesunken sind. Die britischen Verluste betragen drei Motorboote, acht Offiziere und drei Mann.

Bormarsch Denksins.

Amsterd., 20. August. Laut Pressabureau Radio meldet „Times“, daß die Truppen Denksins ihren Vormarsch fortsetzen und jetzt ungefähr halbwegs zwischen Riew und Postamo stehen.

Die Bewegung der belgischen Verkehrsarbeiter.

Amsterd., 19. August. Sochaux-Mentel meldet aus Brüssel, daß der Streikaustritt der Staatsangehörigen bei den Verhandlungen mit dem Minister befriedigende Aufklärungen über Fragen von untergeordneter Bedeutung erhalten hat, daß es jedoch nicht möglich war, eine feste Zusage betreffs der Ursache der Schwierigkeiten, nämlich der Frage des Mindestlohnes von 8 Franc täglich für erwachsene nicht qualifizierte Arbeiter zu bekommen. Ein letzter Versuch wird unternommen werden, um bis spätestens Mittwoch eine befriedigende Antwort bezüglich dieses Punktes zu erhalten. Wenn diese nicht erfolgt wird der Streikaustritt in der Hebergangung, daß alle Mittel zur Einigung erschöpft sind, ohne weiteren Verzögerungen Streik zu erklären.

Solidarität der französischen, holländischen und luxemburgischen Eisenbahner.

H.N. Haag, 20. August. Aus Brüssel wird gemeldet: Das Streikamt der Eisenbahn- und Post-Angestellten hat von dem Verband der französischen, holländischen und luxemburgischen Eisenbahner die formale Versicherung erhalten, daß sie im Falle eines Streikes mit ihrer Solidarität rechnen können.

Radikalisierung der Arbeiterbewegung in Amerika.

H.N. Haag, 20. August. Aus London wird gemeldet: Die „Times“ erfahren aus Washington, daß in vielen Teilen Amerikas Arbeiterorganisationen gebildet werden und daß die Arbeiter sich dort viel mehr als bisher mit der Politik beschäftigen. In Cleveland haben verschiedene Arbeiterorganisationen ein Programm aufgestellt, das folgende Forderungen enthält: Verstaatlichung der Telephonämter, der Handelsmarine und der Bergwerke, Einführung des Achtstundentages, kooperative Verwaltung der Industrie, Beschränkung des Gewinnes auf 6 Proz. der Nettogewinn soll den Arbeitelöhnen beigelegt werden. Ferner polizeilichen Schutz für die Streikenden und Verstaatlichung sämtlicher öffentlichen Einrichtungen von allgemeiner Wichtigkeit. Im Westen ist weiter eine landwirtschaftliche radikale Bewegung entstanden. Beide Bewegungen sind eine Bedrohung der Arbeiterpartei, die unter der Führung von Comper steht.

Der Verkehrsstreik in New York.

H. N. Haag, 20. August. Aus New York wird gemeldet: Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit der durch den Verkehrsstreik geschaffenen Lage. Seit Sonntag morgen ruht der Untergrundbahnverkehr vollkommen. Die Gesellschaften versuchen auf alle mögliche Weise, die Schärfe des Streiks abzumildern, doch ist dies so gut wie nicht gelungen. Das Publikum ist zur Unterstützung der Bestrebungen der Gesellschaften bereit und macht von den Gasenbooten ausgiebigen Gebrauch.

Republikanische Kundgebungen in Sofia.

Amsterd., 20. August. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Budapest, haben in Sofia blutige Geschehnisse zwischen den radikalen Elementen und den Truppen stattgefunden. Vor dem königlichen Palast wurden Kundgebungen veranstaltet. Es wurde der Rücktritt des Königs Boris und die Ausrufung der Republik gefordert. Die Truppen trieben die Menge auseinander.

Ein Faustschlag.

Ein Sonderberichterstatter des Saager „Baderland“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsministerpräsidenten Bauer in Weimar. Auf die Frage des Korrespondenten, ob das deutsche Volk sich aus seinem jetzigen Elend emporarbeiten werde, sagte Bauer:

Ich glaube das bestimmt, und zwar werden wir noch einen schlimmen und kalten Winter durchzuhalten haben, aber die Ernte ist gut. Und es werden bereits Nahrungsmittel und sogar auch schon Genußmittel eingeführt. Das hat auf die Stimmung der Stimmung einen großen Einfluß. Der steigende Verlaß an Steinkohle muß durch eine ausgiebige Verwendung der Wasserkraft des Landes ausgemacht werden. Wahrscheinlich werden wir die ganze Beleuchtung und die Elektrizität für die Eisenbahnen aus dieser Wasserenergie schöpfen können.

Auf die Frage, ob eine Versöhnung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen in absehbarer Zeit möglich erscheine, sagte der Ministerpräsident:

Nein! Denn die Unabhängigen führen eine beratliche Politik und arbeiten so mit den anerkannten Elementen zusammen, und zwar schon dadurch, daß sie eine Diktatur der Minoritäten anstreben, daß wir, die wir auf einer demokratischen Grundbasis stehen, und dagegen mit aller Kraft wehren müssen.

Der Korrespondent fragte weiter, ob in dem gegenwärtigen Zustand der Unruhe bewachte Versuche der Gegenrevolutionäre zu erblicken seien, die durch dieses Chaos zur Regierung gelangen wollen. Bauer antwortete verneinend und fügte hinzu:

Es ist selbstredend, daß es noch viele Konardisten in Deutschland gibt. Die Unabhängigen verlangen aber für sich auch das Recht, auf allerhöchster Art die Ordnung zu führen, Zeitungsgebäude zu besetzen usw. Sobald aber Insignisten Offiziere unzufriedige Kundgebungen veranstalten, wird sofort „Reaktion“ geäuert. Ihr Einfluß wird sich selbstredend verringern, sobald wir erst mal den Krieg mit seinen Folgen ganz hinter uns haben. Natürlich suchen sie die Gelegenheit und nutzen sie aus. Bis jetzt sind wir jedoch aller Streikunruhen Herr geworden und werden dies auch weiter können.

Wenn man jetzt Minister Roske einen Vorwurf aus seinem kräftigen Auftreten macht, kann man doch nicht in Abrede stellen, daß dieses energische Auftreten nötig ist. Denn wenn in unserem Steinkohlegruben die Ordnung nicht aufrechterhalten wird, d. h. wenn wir dort nicht die Ordnung aufrechterhalten, dann wird die Genuß das tun und auch den Rest unserer Steinkohleindustrie besetzen.

Schließlich stellte der Korrespondent die Frage, wie es mit der Sozialisierung stände. Die Antwort darauf lautete:

Wie werden noch reifer Ueberlegung und Ueberlegung bereit sein vorzugehen. Ein wirtschaftlich so zusammengesetzter Körper wie der deutsche Staat kann nur auf sehr vorsichtiger Weise auf diesem Gebiet Experimente machen. Und außerdem haben wir keineswegs die Mehrheit. Ich bin Präsident eines bürgerlich-sozialistischen Ministeriums, und dem muß immerhin Rechnung getragen werden.

Die Neuierungen des Chefs der jetzigen Regierung bedeuten einen Faustschlag ins Gesicht des deutschen Proletariats.

Mit einer Ueberheblichkeit, die man sonst nur bei Roske zu finden gewohnt war, beschäftigt Herr Bauer, daß er sich als Geschäftsführer der bürgerlich-kapitalistischen Klassen betrachtet und für die arbeitenden Massen nichts weiter als leere Versprechungen und die jetzt hereinkommenden „Genußmittel“ übrig hat. Doch Herr Bauer sich als Präsident eines bürgerlich-sozialistischen Ministeriums betrachtet, brauchte er nicht besonders zu versichern. Auch nicht, daß die Regierung bei der Sozialisierung „keineswegs boreilig“ vorgehen werde. In dieser Beziehung gibt sich kein Mensch in Deutschland irgendwelchen Illusionen hin. Jedermann weiß, daß das sozialistische Aushängeschild der bürgerlich-sozialistischen Regierung nur eine leere Dekoration ist, die den Zweck hat, die Massen über den wahren Inhalt der Regierungspolitik zu täuschen, die im Wirklichen eine rein bürgerlich-kapitalistische ist. Niemand zweifelt auch daran, daß die Regierung Bauer die Forderungen des Proletariats nur als Erklärung ihrer hochweisen Tatkraft be-

kränzt. Aber selbst politische Einsicht und elementare Erkenntnis der Dinge hätte man selbst von dieser Regierung erwarten können, daß sie nicht durch den Mund ihres Chefs unumwunden erklären ließe, die Gefahr einer monarchistischen Gegenrevolution bestünde in Deutschland nicht.

Die Äußerungen Bauers über diesen Punkt lesen sich direkt wie eine Verteidigungsrede für jene Herrschaften, die unter dem Schutz der Regierung und ausgehathet mit allen Mitteln der ihnen wiedergegebenen Macht mit Feuereifer an der Vorbereitung einer Gegenrevolution arbeiten. Für Herrn Bauer existiert diese Gefahr nicht. Er sieht nicht oder will nicht sehen, daß die Reichswehr in den Händen der Offizierskamarilla ein Instrument der Gegenrevolution geworden ist. Er sieht nicht oder will nicht sehen, daß gemeinsam mit den russischen Konterrevolutionären eine Armee im Osten aufgestellt wird, deren Spitze sich offensichtlich gegen die deutsche Revolution und das deutsche Proletariat richtet. Er sieht nicht oder will nicht sehen, daß die eigentliche Regierungsgewalt nicht beim Ministerkabinett, sondern beim Corps d'Etat liegt, das als militärische Nebenregierung fungiert, alle Fäden der gegenrevolutionären Vorbereitungen in alle Höhen hält, die Agrarier mit Waffen ausrüstet, die bürgerlichen Einwohnern bewaffnet, die Arbeiterschaft systematisch niederknüttelt und durch Förderung der Pogromagitation für entsprechende Hilfskräfte aus den Reihen des Lumpenproletariats sorgt.

Dies alles sieht Herr Bauer nicht. Für ihn wie für Herrn Noske, dessen verhängnisvolle Tätigkeit er mit warmen Worten verteidigt, existieren diese Gefahren nicht. Wie gebannt sieht er nur die Gefahr von links. Voll feiger Angst um die Aufrechterhaltung seiner Macht scheut er nicht davor zurück, die läugerliche Anschuldigung gegen unsere Partei zu erheben, daß sie eine „Diktatur der Minderheiten“ anstrebe, und das Recht für sich in Anspruch nehme, „auf allerhand Arten die Ordnung zu stören, Zeitungsgebäude zu besetzen usw.“. Man weiß nicht recht, was man mehr betonen soll: die Feindschaft, mit der der Ministerpräsident das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Herrschaft des Proletariats, d. h. der großen Mehrheit der Bevölkerung, durchzuführen, in sein Gegenteil umlügt, oder die Borniertheit, mit der dieser beschränkte ehemalige Gewerkschaftsbureaufrot die Nachmächtlichkeitstheorie von der heiligen Ordnung als seiner Weisheit höchsten Schluß in die Welt hinaussendet. Und man fragt sich erstaunt, worauf eine Regierung, die vor den feudalen und bürgerlichen Klassen kapituliert und die Gegenrevolution mit eigenen Händen ausgerüstet hat, denn eigentlich spekuliert, wenn sie angesichts einer solchen Sachlage dem revolutionären Proletariat einen Faustschlag ins Gesicht versetzt.

Man brauchte sich um die Antwort, die das Proletariat und die Bekämpfer den an der Macht befindlichen Hampelmännern erteilen wird, nicht zu sorgen, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß durch die verhängnisvolle verderbliche Tätigkeit der jetzt Herrschenden die Machtfrage engalig zugunsten der bürgerlichen Reaktion entschieden und das Proletariat völlig um die Früchte der Revolution betrogen würde.

Das dreißigste Verbrechen.

Der Berichterstatter der französischen Kammerkommission für den Friedensvertrag mit Deutschland, Louis Barthou, hat in seinem nahezu einmütig angenommenen Bericht besonders eingehend die Schuldfrage bearbeitet und hierbei am Schluß des betreffenden Kapitels dreißig Verbrechen aufgezählt, die Deutschland zur Last fallen.

Das 30. Verbrechen betitelt Barthou mit „Brunnenvergiftung“ darunter wird die auf Befehl Hindenburgs während des berüchtigten strategischen Rückzuges vorgenommene Vergiftung gemeint. Dieser Missetat hätte Barthou,

so schreibt Axel Brieger in der baltischen Zeitung „Freie Zeitung“ (Bern), noch ein 33. Verbrechen anzurechnen sollen. Es müßte heißen: „Seelenvergiftung“. Wir lesen darüber in dem erwähnten Artikel:

„Auf dem Gebiete der Seelenvergiftung hat die deutsche Kriegführung speziell in den besetzten französischen Departements einfach Unvergleichliches geleistet. Den endlosen, erdrückenden Beweis dafür erbrachte der lange, erst vor einigen Tagen nach sechsmonatiger Dauer in Paris zum Abschluß gelangte Hochverratsprozeß.

Sahen da auf den Anklagebänken des berühmten Schwurgerichtssaales 20 Unglückselige, Männer und Frauen aus den besetzten Gebieten, fast ausnahmslos des Hochverrats angeklagt. Bis auf den am schwersten Belasteten, namens Loque, einem bereits früher wegen schweren Verbrechen in den Kolonien mit fünf Jahren abgestraften Individuum, das nach verübter Strafe nach Laon verschlagen, unter dem Pseudonym Regis Guard händiger Mitarbeiter der berüchtigten „Gazette des Ardennes“ wurde; mit seiner Ausnahme also waren die übrigen Angeklagten bis zum Anfang der deutschen Besetzung undnahmslos unbescholtene Menschen gewesen.

Da kam die deutsche Invasions- und mit ihr die Einrichtung der deutschen Stappensverwaltung in den besetzten Gebieten. Eine ihrer Hauptaufgaben bildete in jeder Stadt und in jedem noch so kleinen Dorfe die Seelenvergiftung. Durch Bestechungen, Verführungen, Drohungen, Mißhandlungen und sonstige infame Klünste wurden Männer und Frauen verleitet oder gezwungen, die Rolle von Denunzianten gegen ihre eigenen Mitbürger zu übernehmen. Laon war eine typische Zentrale solcher Treibens der deutschen Stappensverwaltung geworden. Hier kaufte ein gewisser Thomas, früher schon im Elsaß ein bewährter Spion der deutschen Geheimpolizei, als Organisator des Denunziationssystems. Die Verhandlungen vor dem Pariser Kriegsgericht führten haarsträubende Einzelheiten über die Seelenvergiftungsmethoden dieses Thomas und seiner Leute zutage. Wurde ein Unglücklicher infolge Denunziation als Verdächtigter eines bloßen Weirades verhaftet und wollte der Arme das Verdict nicht erdulden, so wendete Thomas regelmäßig folgendes an: er setzte ein Lied oder eine Arie auf einem Gramophon in Bewegung und schlug mit einer Reitpeitsche oder einem Ochsengemeißel oder auch mit dem Revolverkolben auf Kopf und Gesicht des Opfers los, solange sich die Platte am Apparat drehte. Das war seine Methode, Geständnisse zu erzwingen...

Nach „edler“ benahm sich ein deutscher Rittmeister, der als Unterführerführer des Stappenskommandos in Jourmes fungierte. Eine der angeklagten Frauen erzählte: „Der Herr Rittmeister (sein Name ist leider entfallen), wollte mich durchs zwingen, zwei Väter, die angeblich französischen Soldaten ein Verbrechen genährt hatten, zu verraten. Ich wollte nicht. Da zog er seinen Säbel und sprach: Dieser Säbel ist so scharf wie ein Rasiermesser. Wenn Sie in Ihrer Weigerung fortfahren, schneide ich damit vor Ihren Augen eigenhändig Ihnen zwei Köpfer ab.“ — „Am Gottes Willen, das werden Sie nicht tun, Herr Offizier!“ — „Werde ich, wenn Sie nicht sprechen.“ In ihrer Todesangst um die Kinder sprach die Frau... und die zwei französischen Bürger wurden erschossen!

Das Entsetzlichste aber an dem furchtbaren Hochverratsprozeß war, daß fast sämtliche Angeklagte durch die Denunziation des Thomas selbst verhaftet worden waren! Thomas war unter der Vorgabe, er sei Stifter von Geburt, nach dem Singen der Franzosen in Straßburg geblieben und bald darauf verhaftet worden. Nach Paris gebracht, begann er bald darauf, am seinen eigenen Kopf zu reiten, die von ihm und seinen Gehilfen im Laufe der langen Besetzung durch Bestechung und sonstige Mittel zu Denunziationen verleiteten Männer und Frauen seinerseits nacheinander zu denunzieren, so daß sie alle verhaftet wurden. Bei der Verhandlung fungierte dieser mitangeklagte Thomas als Kronzeuge gegen seine früheren Opfer. Loquemada und Jogo in einer Gestalt! Man wird vergebens in den Verbrechenchroniken nach einer gleichartigen Figur wie jene dieses deutschen Polizisten Thomas suchen...

Das Ergebnis des Prozesses war: 51 Todesurteile gegen 9 Männer und 3 Frauen; die übrigen kamen mit verschiedenen Gefängnisstrafen davon.

sehr und vielleicht mehr ändert als Lust und Rührung. Sicherlich darf man nicht einen Stand der Erziehung bestehen lassen, der (heute gleich bei allen Völkern, die man zivilisiert nannte) jene furchterliche Katastrophe möglich gemacht, ja, gefördert hat, in der wir auch heute noch zum Teil befangen bleiben. Vor allem muß man alles aus der Schule verbannen, was die Liebe zum Kriege und zu seinen Verbrechen wecken kann und diese Aufgabe allein wird lange und ständige Anstrengung erfordern, wenn nicht alle Embleme eines Tages durch den Hauch der großen Revolution fortgeweht sein werden. In unserer Bourgeoisie, in der großen ebenso wie in der kleinen, und sogar in unserem Proletariat werden jene destruktiven Instinkte, die vor allem den Deutschen vorgeworfen werden, emsig gepflegt.

Nur wenigen Tagen verlangte Herr Lebensworte Da Fouchardiere in einer Buchhandlung Bücher für ein kleines Mädchen. Man gab ihm nichts als Schilderungen und Bilder von Nord, Gewolltaten und Verwüstung; mit höchstem Fasching wird man in den Boulevards von Paris Tausende und aber Tausende seiner Wunden sehen, von der irdischen Pflanze ihrer Mütter als Generale und Marschälle angezogen.

Der Kinematograph wird ihnen die Schönheiten des Krieges zeigen, man wird sie so für den militärischen Beruf vorbereiten. Solange es Soldaten gibt, wird es Krieg geben, und unsere Diplomaten haben den Deutschen Soldaten gelassen, um bei uns welche halten zu können. Man wird vom Bildebetrachter an sie für den Militarismus vorbereiten.

Meine Freunde, mit diesen gefährlichen Methoden muß man brechen. Der Lehrer muß das Kind den Frieden und seine Werke lieben machen; er wird es lehren, den Krieg zu verabscheuen, er wird aus dem Unterricht alles verbannen, was zum Hass beiträgt, auch zum Hass gegen den Feind von gestern. Ich meine nicht, daß man nachsichtig sein solle gegen das Verbrechen und allen Schuldigen verzeihen, sondern ich meine, daß ein Volk, welches immer es sei, zu welcher Stunde immer, aus mehr Opfern denn Schuldigen besteht und daß man das Verbrechen der Väter nicht an den unschuldigen Generationen rächen darf und schließlich, daß alle Völker einander genug zu vergeben haben.

Meine Freunde, werdet den Haß gegen den Haß! Das ist das Wichtigste unter Aufgabe und zugleich das Einfachste; die Zeit, da ein verheerlicher Krieg Frankreich und die ganze Welt gekostet hat, gibt euch eine Aufgabe von unangenehmer Bedeutung, die schwierig zu erfüllen ist. Gestattet, daß ich wiederhole: Das ist der große Fehler, von dem alles abhängt. Ohne Hoffnung, Unterstützung zu finden, laßt euch nicht ab, wagt ihr die Größe von... (Text ist hier teilweise unlesbar)

Nicht lange mehr, und die Welle von Vindictes wird überrollt eine Reihe von Hinrichtungen durch Gewehrsalven sehen. Und das wird das Werk und die Schuld der Seelenvergiftung durch den deutschen Spion- und Denunziantendienst in den Stappengebieten gewesen sein... Die deutsche Presse aber, dieses größte Schandwerk der gebildeten Völker, hat den Pariser Prozeß gegen Loque, Thomas und Genossen, obwohl er sechs Wochen dauerte, gänzlich totgeschwiegen; sie fand kein Wort bei Tadel, keinen Aussatz der Entrüstung gegen das Volksgeschehen der Schergen Wilhelm des Ausreißers. Wozu denn auch! Doch das deutsche Volk auch weiterhin in seinen Unschuldsklauen hineingelogen werden.“

Es ist höchste Zeit, daß den hier gebrandmarkten Verbrechern der deutschen Kriegführung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, als das bisher geschehen ist. Jene Leute, die die „Seelenvergiftung“ nicht nur in den besetzten Gebieten, sondern in größtem Umfange auch im Reich betrieben haben, sind noch heute am Werke, um unter anderer Flagge und mit anderen Mitteln das deutsche Volk zu vergiften und zu betrügen. Diesen Vurschen, die sich jetzt schon oben auf den Rücken, kann nur dann das Handwerk gelegt werden, wenn in ihre Missetaten während der Kriegszeit gründlich hineingeleuchtet würde.

Eine Schwindelmeldung.

Der heutige „Vorwärts“ entnimmt bürgerlichen Blättern folgende Nachricht:

Der neugegründete „Rheinlandbund“ fordert zur sofortigen Errichtung eines nach West und Ost unabhängigen Volksstaates im Föderationsbunde mit den in Bildung begriffenen oberrheinischen Republiken auf. Vorsitzender ist der unabhängige Sozialdemokrat Joseph Smeets. Der Bund setzt sich aus Mitgliedern aller Parteien zusammen. Überwiegend dürften wohl die radikalen Arbeitermassen und Bauern dabei vertreten sein.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu, daß es sich bei diesem Rheinlandbunde offenbar um das Gebilde handelt, das aus den von dem gemeldeten Verhandlungen zwischen Zentrum und der Unabhängigen Sozialdemokratie hervorgegangen ist.

Die Kölner Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie wie auch die Bezirksleitungen der Rheinischen Parteioffensivaktionen haben in allen Rundgebungen sich auf das nächste gegen eine rheinische Republik ausgesprochen. Außerdem sehen sie, was ja eigentlich ganz selbstverständlich ist, im schärfsten Kampfe mit dem bürgerlich-sozialistischen Zentrum, so daß es sich um einen glatten Scheitern handelt, wenn von Verhandlungen zwischen U.S.D. und Zentrum die Rede ist. Gerade die auf dem Boden der Unabhängigen Partei stehenden Arbeitermassen haben sich zuerst und bei jeder Gelegenheit mit aller Entschiedenheit gegen eine rheinische Republik gewandt.

Sollten Mitglieder der Partei überhaupt hinter diesen Verhandlungen stehen, so liegen wir keinen Zweifel daran, daß die Parteioffensivaktionen entsprechende Anschuldigungen in dieser Fragen sofort die nötigen Maßnahmen ergreifen werden.

Es wird geprüft.

Wolffs Telegraphen-Bureau teilt mit: Auf Antrag des Reichsministers der Finanzen ist dem Reichsministerium der Justiz bereits am 18. d. Mts. mit der Prüfung der Unterlagen eines gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich eingeleiteten Strafverfahrens wegen Verleumdung des Reichsfinanzministers beauftragt worden.

Es ist auffällig, daß das Justizministerium und nicht die Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Helfferich vornimmt. Da wird man wohl scheinlich lange warten können, ehe überhaupt Anklage erhoben wird.

Das englische Parlament hat sich bis zum 22. Oktober versammelt.

zum Nachsatz umändern, um arbeitende Menschen zu schaffen. In unserer Gesellschaft gibt es heute Platz für Arbeiter. Der Rest wird im Reich verschwendet, die Schaffet denkende Arbeiter, wissen in den Künsten, die sie über, bewußt ihrer Pflichten gegen die Gemeinschaft des Reichs und die Gemeinschaft der Menschen.

Verbreitert Verbreitert alle Väter, die den Haß gegen die Arbeit und die Arbeit schaffen uns vernünftige Menschen, fähig den eiten Gang des barbarischen Ausmaßes mit Frieden zu treten und den künftigen Bestrebungen der Nationalisten und Imperialisten zu widerstehen, durch die ihre Väter verbreitet wurden.

Keine industriellen Kibavitäten mehr, keine Kriege: Arbeit und Frieden!

Ob man es will oder nicht, die Stunde ist gekommen, wo die Entscheidung gilt, entweder Bürger der Welt zu werden oder die ganze Zivilisation verdrängt zu sehen.

Meine Freunde, erlaubt mir, einen heißen Wunsch zu äußern, den ich in einer allzu schlüssigen und unvollkommenen Form ansprechen muß, dessen Idee aber bestimmt scheint, der Welt zu übergeben. Ich wünsche, ich wünsche von ganzem Herzen, daß bald eine Delegation der Lehrer aller Völker der Arbeiter-Internationale sich anschleße, um gemeinsam ein allgemein gültiges Unterrichtsprogramm aufzustellen und über die Welt zu beraten, wie man jene Ideen in die jungen Herzen pflanzen könne, aus denen der Friede der Welt und die Einigkeit der Völker entstehen werden.

Beruhnt, reiner Wille, Mäßigkeit, Tugenden des Geistes und des Herzens, ihr, die ich immer ehrsüchtig anrufen werde, kommt zu mir, helfet mir, unterstützt meine schwache Stimme, traget sie, wenn ihr es könnt, zu allen Völkern der Erde und macht sie überall hören, wo es Menschen gibt, guten Willens, der Wahrheit zu hören!

Eine neue Ordnung der Dinge ist geboren. Die Völker sind durch ihre eigenes Verbrechen vergiftet. Die Strafen sind die Strafen, die Verbrecher der Väter fällen müssen, fürchtbar es hergenommen ist durch die Schuld seiner Missetaten verbrecherischer Herrscher; die Proletariatsmassen wollen sich einigeln, um nunmehr ein einziges großes Proletariat zu bilden und wir werden die große sozialistische Prophezie sich erfüllen lassen, daß die Einheit der Arbeiter den Frieden der Welt bringen wird.

Die Romische Oper bringt als erste Neuheit die „Liebeszauber“ von Oskar Strauß. Die Aufführung findet am 2. September statt.

Die „Freie Jugend“ verboten.

Der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ ist folgendes Schreiben zugegangen:
 Oberkommando Rostk, Berlin, den 7. August 1919.
 Nr. 50 285 A 1.
 Im Interesse der öffentlichen Sicherheit verbiete ich hiermit auf Grund des Paragraphen 9b des Gesetzes über den Verlagszustand vom 4. VI. 1881 den Druck und den Vertrieb der „Freien Jugend“, Sozialistische Jugendzeitschrift, herausgegeben im Auftrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vorhandene Exemplare sind zu beschlagnahmen.
 1. An das Postprüfamt Berlin zur Kenntnis.
 2. An den Reichspresserat zur Kenntnis.
 3. Herrn Hauptmann Schmitt, Reichswehrministerium, zur Kenntnis.
 4. Der Rechts-Abteilung zur Kenntnis.
 5. Der Exekutive-Abteilung zur Kenntnis.
 6. An die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin NW., Schiffbauerdamm 19.

Der Oberbefehlshaber, gen. Rostk.
 Stempel: Oberkommando Rostk.

An die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ Berlin NW., Schiffbauerdamm 19.

Die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung durch Herrn Rostk, für die die Regierung voll verantwortlich ist, höchst sich zu einem internationalen Skandal aus. Die Grundbedingung wirklicher Demokratie ist, daß jeder Staatsbürger sich in Wort und Schrift so äußern dürfe, wie es seinen Anschauungen entspricht. Aber für die Regierung ist die Demokratie nur die Firma, unter der sie die Wiederaufrichtung des Kapitalismus in Deutschland, die Entrechtung der Arbeiterklasse betreibt. Diese Schein-demokratie ist gefährlicher als die offene Reaktion. Sie befragt deren Geschäfte, ohne den Mut zu finden, sich offen zu ihr zu bekennen.

Herr Rostk gibt sich in seinem neuesten Verbot nicht einmal die Mühe, es mit einigen Gründen zu versehen und eine bestimmte Dauer anzugeben. Warum auch? Er hat nicht den Schein eines Rechts auf seiner Seite. Für ihn ist die Gewalt das erste und das letzte Wort, und er glaubt, daß die Gewalt ihm zu dem gewünschten Erfolge verhelfen würde. Das Verbot der „Freien Jugend“ ist ja auch durch nichts zu rechtfertigen. Die Zeitschrift mischt sich nicht in die Tageskämpfe ein, sondern sie versucht, die Jugend zu Sozialisten zu erziehen. Aber gerade das macht die „Freie Jugend“ für Herrn Rostk und seine Gleichgesinnten gefährlich. Die jungen Arbeiter sollen nicht zu freien Staatsbürgern heranwachsen, zu entschlossenen Kämpfern gegen Kapitalismus, Militarismus und Bürokratie, sondern höchstens zu Inhabern von Mittelschichten der rechtssozialistischen Partei.

Der Pfingstparteitag der Rechtssozialisten hat von seinen Parteigenossen in der Regierung die sofortige Wiederherstellung der Pressefreiheit gefordert. Was kümmert Herr Rostk sich darum? Er weiß, daß dieser Beschluß nur dekorative Bedeutung hat. Maßgebend ist für ihn allein der Wunsch seiner Offiziere, die den antimilitaristischen Geist nicht vertragen können, der aus den Spalten der „Freien Jugend“ spricht.

Die proletarische Jugend aber wird sich durch das Verbot ihres Organs nicht hindern lassen, den Zielen des Sozialismus nachzustreben. Sie kennen noch das Dichterverbot:

„Sie töten den Geist nicht, Ihr Brüder!
 Bald richte ich mich rasselnd in die Höl',
 Bald lehr' ich reifiger wieder!“

Die Bekenntnisse einer schönen Seele.

Daß die Reaktion ganz offen darauf hinarbeitet, vom Osten aus einen Hauptschlag gegen die Revolution zu führen, mag neben den vielen einwandfreien Beispielen, die von uns bereits gemacht worden sind, noch durch folgenden Brief erhärtet werden, den unser Königsberger Parteiblatt von einem Junker erhielt und in dem es u. a. heißt:

„Ich bin auch ein Junker. Ich bete jeden Tag zu Gott, daß mit unsrer und Gottes Hilfe der Kampf gegen das russische bolschewistische Geindef Erfolg haben möge, damit dann vom Osten her der bolschewistische Pest in Deutschland zu Leibe gegangen werden kann. In Ungarn werden eure bolschewistischen Brüder bereits heute wie tolle Hunde niedergeschlagen. Auf dem Lande ist heute die Stimmung bei uns bereits ebenso. Es bedarf nur des Signals, dann werden die Unabwägigen und alles was noch links davon steht ad hoc als Judengeldhüter totgeschlagen.“

Im dem Tage, an dem die sozialistische Herrschaft bei uns in der Citen gestürzt wird und Gott aus Gnaden uns wieder einen Herrn und König geben wird, an dem Tage werde ich! Der gerechten Strafe werden Sie... und alles andre Geschick nicht entgehen. Rein einziger im Kriege übrig gebliebener Sohn ist Kampagnenführer im Baltischen und wenn er interessiert, in russischer Uniform. Er schrieb mir neulich, er habe in der Instruktionshunde seine Rekruten gefunden: „Ein Sohn, was tust du, wenn es dir gelingt einen Sozialisten in die Hände zu bekommen?“ „Ich schlage ihn tot.“ war die gerechte Antwort. Die Rekruten freuten sich darüber und gaben dieser Antwort zu. Nur einer redete den Hals und gab zu verstehen, daß er noch was sagen wolle. Auf die Frage, ob er etwa anderer Meinung sei, erwiderte er: „Nein, aber ich kühle ihn erst.“

„Sagt ihr Vater,“ übertrug, das ist der Geist, der in den Soldaten verweilt. Dieser Geist wird gehet und gepflegt, damit die Unwissenheit werden kann. Die Stunde kommt. **General** Das Haus Hohenzollern lebe hoch! Das ist die Parole, unter der wir im Innern fliegen werden und unter der wir auch hundertfältige Mache an unsern äußeren Feinden nehmen werden. Gest heißt es jedoch das Streikgeschwinden Streit rückwärts die Maschinengewehre spielen zu lassen, bis der Arbeiter wieder soweit ist, daß er das gottgewollte Abwägungsverhältnis an seinem Herrn anerkennen und seinem Herrn für jede Günst dankbar die Hand küßt. Es wird nicht lange dauern, dann wird der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen, bis wie Feuer und Wasser sich gegenüberstellen bis zum letzten ausgefochten werden. Vor ein hochnotpeinliches Ge-
 schick werden dann die gestellt werden, die das Volk verführt und

von Revolution aufgehet haben und ebenso auch gewisse hohe Herren und Generale, die in ihrer Feigheit im November die Parole ausgaben: Rein Übergewicht, keinen Widerstand. Im Osten wäre die Revolution niemals durchgekommen. Der Ausgang des Kampfes wäre hier nicht zweifelhaft gewesen. Wie hätten dann noch den Vorteil gehabt, daß mehrere Tausend von dem Gefindef, das jetzt die Freie groß ansetzt, im abgeklärten Verfahren erledigt worden wäre.“

Der Geist, der aus diesem Briefe spricht, ist durch die Tätigkeit des Herrn Binzig und durch die milde Rücksicht, die die Regierung mit der Reaktion bisher übte, historisch großgezüchtet worden. Dadurch, daß die Regierung das Proletariat entwaffnete und die Feinde der Revolution mit der Bildung der neuen Heeresmacht betraute, hat sie die Reaktion so stark gemacht, daß sie heute nichts mehr zu befürchten braucht und lediglich noch auf den günstigsten Zeitpunkt zum Losschlagen wartet.

Der Werbeschwindel blüht weiter.

Die militärischen Dienststellen, die mit der russischen Kontinentalrevolution verdrückt sind, streifen auf die Anordnungen der Regierung und setzen den Werbeschwindel in Deutschland munter fort. Das Freikorps Hülse, das auf dem Schliesischen Bahnhof ein Werbebureau für seinen eigenen Truppenteil unterhält, hat sich jetzt gleichfalls auf den Menschenhändler für die russische Kontinentalrevolution bedacht. Vor dem Eingang zu seinem Bureau unterhält ein Plakat mit der Aufschrift „Landarbeiter für das Baltienland gesucht“. Wer sich daraufhin meldet, wird in die berüchtigte Zentrale der baltischen Siedlungsgenossenschaft, Karlsbad 29, geschickt, von wo aus die weiteren Anordnungen für den Abtransport zur Armes Koltschal getroffen werden.

Außerdem treffen sich auf den Berliner Bahnhöfen eine ganze Reihe von unkonventionellen Burden und betreiben die Werbungen für die russische Kontinentalarmee. So ist auf dem Schliesischen Bahnhof ein Feldwebel Willi Walter Schneider tätig, der am Montag allein 18 Mann anwarb. Er sagte den Angeworbenen, daß sie mittels eines Urlaubsscheines nach Kurland transportiert würden, da ein geschlossener Transport jetzt zu gefährlich sei. Die Angeworbenen wurden für Montag abend in ein Lokal in die Linienstraße bestellt, dort nahm ihnen der laubere Patron die Papiere ab, ließ sich von jedem noch 10 M. Vorschuß auf das Fuhrgeld geben und bestellte sie dann für abends 8 Uhr nach dem Schliesischen Bahnhof, von wo aus die Fahrt nach Kurland angetreten werden sollte.

Die Leute sind dabei aber elend heringefallen, denn der Herr Feldwebel ist mit Geld und Papieren verschwunden, septe aber am Dienstag daselbe Treiben auf dem Bahnhof am 300 fort. Feldwebel Schneider arbeitet im amtlichen Auftrag des Werbebureaus der baltischen Siedlungsgenossenschaft, Karlsbad 29. Die deutschen Offiziere, Reutnants Dittmann und Dr. v. Landgraf haben ihn mit der Anwerbung betraut.

Wie lange geduldet die Regierung diesen offenkundigen Schwindel und Kollabstrug noch zu dulden? Hat sie Angst vor den jungen Reutnants, die von der Regierung ihren Sold beziehen und sich nebenamtlich noch als Sklavenshändler betätigen (pro Kopf 50 Mark!)? Wir verlangen, daß den baltischen Verbrechern und ihren Handlangern endlich so gründlich das Handwerk gelegt wird, daß ihnen die Luft vergeht, es je wieder aufzunehmen.

Die Frage der Gefangenentrübsal

Der Reichslangier empfing am Dienstag in Weimar eine Deputation von Frauen, die wegen der Rückförderung der Gefangenen vorstellig wurden. Herr Dauer sagte, daß die Regierung bei jeder Verhandlung die Forderung nach Entlassung der Kriegsgefangenen in den Vordergrund stelle, parteipolitischen Mißbrauch werde mit dem Schicksal der Kriegsgefangenen getrieben. Vor allem sagte er jegliche Unterfütterung der Schlitze zu, die von den Frauen selbst unternommen werden sollten, und besprach die Entsendung einer Frauenkommission nach Versailles zur Unterfütterung, die sich an Ort und Stelle überlegen solle, daß tatsächlich von der Regierung jede Möglichkeit ausgenutzt worden, und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die deutsche Kriegsgefangenenkommission in Versailles bis jetzt nicht zu Verhandlungen gekommen sei. — Die Rationalisierungsversammlung will sich durch eine Resolution den Bemühungen der Regierung anschließen, die Entlassung der Kriegsgefangenen zu erreichen.

Gewerkschaftliches.

Die drohende Streitgefahr in der Metallindustrie.

Die Unternehmerpresse ist bereits eifrig am Werk, für den von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampf in der Berliner Metallindustrie die Arbeiter verantwortlich zu machen. Sie verschweigt, daß die von den Arbeitern vom Reichsarbeitsamt verlangten neuen Verhandlungen ausschließlich auf Wunsch der Unternehmer immer noch nicht angesetzt sind. Nur dadurch ist es dieser Presse möglich, wieder mit Verleumdungen der Arbeiter zu arbeiten. So schreibt die „Tägliche Rundschau“:

„Es sind zweifellos radikale Kräfte an der Arbeit, die unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Forderungen auf einen Generalstreik hinarbeiten, der den erwünschten Sturz der Regierung zum Ziel hat.“

So soll auch diese von den Unternehmern herbeigewünschte Nachtrabe wieder zu einem politischen Streit der Arbeiter gestampelt werden.

Bereitete Tarifverhandlungen in den Kriegsorganisationen.

Vom Zentralverband der Handlungsgehilfen wird uns geschrieben: Am 18. d. M. fand im Reichsarbeitsamt eine Sitzung zwischen den Vertretern der Reichsämter, Direktoren der Kriegsorganisationen und der Arbeitnehmer statt. Für die letzteren waren außer dem Arbeitsausschuß die freien Gewerkschaften erschienen, deren Mitwirkung der Arbeitsausschuß ablehnte. Die Vertreter der Reichsämter und der Direktoren schlossen sich dieser Erklärung nicht an, sondern betonten, daß sie, um erneute Unruhe in den Betrieben zu vermeiden, mit der Mitarbeit der freien Gewerkschaften einverstanden seien. Der Arbeitsausschuß beharrte auf seinem gewerkschaftsfeindlichen Standpunkte, so daß dem Verhandlungsleiter nichts anderes übrig blieb, als die Sitzung zu beenden und mit Nachdruck zu erklären, der Arbeitsausschuß verbleibe die Verhandlungen und schätze die Interessen der Angestellten. Von dem Arbeitsausschuß sind jüngst alle Angestellten-Ausschüsse der Kriegsorganisationen in einem Rundschreiben zu freiwilligen Sammlungen und zur Erreichung einer Beschleunigung, daß er der

alleinberechtigte Vertreter der Angestellten sei, aufgerufen worden. Die Mitwirkung der freien Gewerkschaften und deren Erfahrung beim Kollektivvertrag wird in allen Kreisen der Angestellten begrüßt. Die Angestellten-Ausschüsse seien daher dringend gebeten, dem Arbeitsausschuß die verlangte Bezeichnung auszustellen und freiwillige Beiträge für ihn zu sammeln.

Der Kampf der Berliner Transportarbeiter gegen ihren Verbandsvorstand.

In dem Konflikt, der aus Anlaß der Nichtbestätigung der Berliner Ortsverwaltung durch den Hauptvorstand des Transportarbeiterverbandes zwischen diesem und den Berliner Transportarbeitern entstanden ist, nahm am Montag abend die Generalversammlung im Gewerkschaftshaus Stellung. Schumann legte noch einmal die Gründe des Verbandsvorstandes dar, die ihn zur Ablehnung betrogen hätten, und machte folgenden Vermittlungsvorschlag: Ortmann als Bezirksleiter, Rose als dessen Stellvertreter, dagegen müssen Steiride und Liebenow am Platze bleiben. Die Zahl der Verwaltungsmitglieder solle von 23 auf 20 erhöht werden. Rarschke erklärte im Namen der Opposition, diesen Vorschlag unter keinen Umständen anzunehmen. Rarschke trat besonders den Ansichten Schumann entgegen, daß die Kandidaten nicht noch der politischen Zugehörigkeit befragt werden dürften. Die Arbeiterschaft habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich die Kandidaten nach ihrer politischen Überzeugung hin anzusehen. Den anschließenden Beweis lieferte die Haltung des „Bundgenossen“ und der Bezirksleitung der S. P. D. bei dem Sitzungsabstimmung, die ja durch ihr arbeitserfeindliches Treiben sogar dem rechtssozialistischen Verbandsvorstand in den Rücken gefallen sind. Das Abstimmungsverhältnis 106:87 auf dem Verbandsrat bekam ein wesentlich anderes Bild, wenn man beachtet, wieviel Kollegen hinter den Delegierten gestanden haben, nämlich 178 864:186 725. Der Verbandsvorstand müsse also im Interesse der Organisation seinen Standpunkt aufgeben, den Mitglieder unentwöhnliche Gewerkschaftsbeamte aufzutrotzen. Der Vorschlag des Hauptvorstandes wurde dann auch mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Versammlung wurde hierauf unter großer Unruhe verlegt.

Groß-Berlin.

Weil er vor sieben Jahren geraucht hatte.

Uns wird geschrieben: Der kranken Arbeiter Josef Seewerin wurde als Sechszehnjähriger vor ca. 7 Jahren nach Weich geschickt. Da er das Raucherbot nicht beachtet hatte, wurde er strafweise entlassen. Vor einigen Monaten erschien nun eine Schwester von der Landesversicherung bei ihm. Da er ihr erklärte, daß seine Krankheit noch nicht wieder geheilt sei, riet sie ihm, einen neuen Antrag auf Verschuldung in eine Heilstätte zu stellen. Dies geschah auch. Der Mann mußte wiederholt zur Untersuchung und ein Vertrauensarzt der Landesversicherung versprach, daß er verschickt werden würde. Aufälligerweise wurde er jedesmal bei den Untersuchungen gefragt, ob er schon verschickt worden sei, dies wurde von ihm stets bejaht. Vor kurzem nun erhielt Seewerin einen Brief der Landesversicherung, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß er nicht verschickt werden könne, da er vor 7 Jahren strafweise aus der Heilstätte Weich wegen Rauchens entlassen wurde. Er hat nun einen Brief an die Landesversicherung gerichtet, in welchem er diese als Raucher bezeichnet, da sie ihm als Schwerkranken bezeichnet noch seine Jugendünden vorhalte und damit eine Abweisung seines Antrages begründe. Er sei nicht toll arbeitssüchtig und die Landesversicherung habe es auf dem Gewissen, wenn er durch diese „Strafe“ seiner Familie entrisen würde. Sonderbar sei es, einen Menschen, der in seiner Jugend ein Raucherbot übertreten habe, noch nach Jahren als Schwerkranker zu brandmarken.

Der Kranke fragt, zu welchem Zweck er jetzt noch Beiträge für die Landesversicherung zahlen solle, da diese ja erklärt habe, sie könne für ihn nichts mehr tun.

Niefenbände, weichtin schtor, beschäftigten am Dienstag abend, in der Nacht zum Mittwoch und heute früh die gesamte Berliner Feuerweh in der Bohnenstraße 30, 31 u. 32, wo man drei Dachstuhl angezündet hatte, dann in der Schwedenstraße 8, Ecke der Gieselerstraße und Residenzstraße, hgt. Dornheimer Straße, wo der große Holzstoh von Karl Höhr um 10 1/2 Uhr in Flammen stand, ferner um 3 Uhr morgens in der Meyerheimsstraße 2, an der Zollerstraße, im Roden von Berlin. Die beiden letzten Brände wurden ebenfalls auf Brandstiftung zurückgeführt, weil die Flammen an mehreren Stellen ausgekommen sein sollen. Ein weiterer großer Brand beschäftigte die Feuer noch in der Frankfurter Allee 32, wo eine Wäscherei in Flammen stand.

Lebensmittellisten.

Spandau. Gegen Abgabe des Bezugscheines für Schokolade vom 10. August 1919 können von heute ab in den hiesigen Konsumläden gekauft werden: 3 Kugel Schokolade, etwa 100 Gramm, zum Berk.-Preis von 2,30 M., oder 1 Tafel Schokolade, etwa 100 Gramm, zum Berk.-Preis von 2,-- M., oder 125 Gramm Schokoladenputzer zum Berk.-Preis von 1,90 M., oder 125 Gramm Rohkakao zum Berk.-Preis von 2,05 M. — Heute, den 20. August 1919, beginnt in den Margarinegeschäften der Verkauf von amerikanischen Schmelzschmalz auf Weichheit 238 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abschnitt werden 250 Gramm zum Preise von 3,88 M. abgegeben.
Schlitz. Auf Nr. 87 und 77 der Lebensmittelkarte sollen je 250 Gramm Rotemehl auszugeben werden. Preis pro Pfund 2,90 M. Voranmeldungen sind bis einschli. Donnerstag zu machen.
Pankow. Von heute, den 20. August 1919, ab können als Erfolg für nichtbezogenes Auslandesfleisch auf jeden Fleischartenabschnitt der 28. Woche 50 Gramm inländische Hühnerfleisch in den bekannten Geschäften bezogen werden. Der Preis beträgt für 1000 Gramm 2,05 M. Ferner kann von heute ab der Speck, welcher aus Inlands-Geschäften als einmalige Sonderzuteilung überliefert ist, gegen Abgabe der erhaltenen Bezugscheine und zwar an wachsende Mütter (vom 5. Monat ab) 875 Gramm, an Zuckerkranken 250 Gramm, an Jugendlichen im Alter von 14 Jahren 250 Gramm in den bekannten Fleischereigeschäften in Empfang genommen werden. Der Preis beträgt für 375 Gramm Speck 2,05 M., für 250 Gramm 2,45 M.

Aus den Organisationen.

Kurze im fünften und sechsten Kreis. Die kombinierten Kurze der Genossen Jensen und Rosenfeld haben Sitzung am Donnerstag.

Die Freie Welt
 Heft 14
 ist soeben erschienen!
 Preis 20 Pfennig.
 In jeder Zeitungsverkaufsstelle zu haben.

